

Antrag

der Abgeordneten Jan Nolte, Rüdiger Lucassen, Gerold Otten, Hannes Gnauck, Stefan Keuter, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Mittelstreckenraketen in Deutschland – Entscheidung des Bundestages über eine Politik der gemeinsamen Entspannung in Europa

Der Bundestag wolle beschließen

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auf dem diesjährigen NATO-Gipfel im Juli 2024 verkündeten die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland in einer gemeinsamen Erklärung, dass die USA ab 2026 weitreichende Waffensysteme wie Raketen des Typs Standard Missile 6 (SM-6), Marschflugkörper des Typs Tomahawk sowie Hyperschallwaffen auf dem Territorium der Bundesrepublik stationieren werden (<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2298418/3505cf65bba4144bfb2c076c953b2d05/2024-07-10-gemeinsame-erklarung-usa-ger-nato-gipfel-data.pdf?download=1>).

Eine die Sicherheit in Europa derart weitreichende Entscheidung darf nicht einem kleinen Kreis der Exekutive vorbehalten sein. Frieden und Entspannung sind von existenzieller Bedeutung und berühren unmittelbar das Staatswohl. Die Stationierung der Tomahawk-Marschflugkörper birgt sicherheitspolitisches Eskalationspotential und darf daher nicht hinter dem Rücken des Parlamentes getroffen werden. Der Deutsche Bundestag ist zu beteiligen.

Nicht nur der Bundestag, auch die Sorgen der Bürger werden missachtet: Nach einer Forsa-Umfrage von Juli 2024 lehnten 47 Prozent der Befragten die Stationierung ab (www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2024-33-Nachruestung.pdf, S. 4). Diese 47 Prozent fürchten, dass die Stationierung von Raketen mittlerer und längerer Reichweite das Risiko für einen Konflikt zwischen Russland und der NATO erhöht (so das Magazin „Stern“ in seiner Ausgabe vom 18.07.2024, S. 15).

Der russische Präsident Putin hat schon kurz nach Bekanntwerden der Vereinbarung von Präsident Biden und Bundeskanzler Scholz eine „spiegelgerechte“ Gegenreaktion auf die Stationierung angekündigt (<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/streit-um-mittelstrecken-raketen-putin-droht-wegen-us-waffen-doch-die-risiken-liegen-woanders/29917214.html>). So wurde zudem am 29.09.2024 vom russischen Präsidenten Wladimir Putin eine Änderung der russischen Nukleardoktrin vorgenommen (<https://www.handelsblatt.com/dpa/russlands-neue-atomdoktrin-moskau-verteidigt-erweiterung-der-nukleardoktrin/30016038.html>).

Dem ging eine langjährige Aufrüstung des russischen Militärs voraus. Die militärische Infrastruktur in Kaliningrad wurde stetig modernisiert, einschließlich der

Einrichtung eines Lagers für Nuklearmunition. Besonders die Stationierung von weitreichenden Waffensystemen im Oblast Kaliningrad, die teilweise mit Nuklearsprengköpfen bestückt werden und NATO-Territorium in kurzer Zeit erreichen können, ist kritisch zu sehen. Zu den dort stationierten Systemen gehören die landgestützten Iskander-Raketen (SS-26), die Hyperschall-Luft-Boden-Rakete Kinshal (AS-24) sowie die Marschflugkörper Kaliber (SS-N-27 und SS-N-30) (<https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/nr-287/346636/analyse-die-militarisierung-der-oblast-kaliningrad-und-die-bedeutung-fuer-die-sicherheit-polens/>). Auch diese Stationierungen bergen Eskalationspotential, das es abzubauen gilt.

Das Risiko einer weiteren militärischen Zuspitzung durch die Umsetzung dieser Entscheidung sowie durch weiteres Handeln Russlands ist nicht auszuschließen. Maßnahmen zur Deeskalation der Lage sind daher im deutschen Interesse. Ferner sind Fragen, die die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten berücksichtigen, nur in Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn im Rahmen einer militärischen und strategisch unabhängigen Verteidigungspolitik notwendig.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. unverzüglich eine Sicherheitspolitik gegenüber Russland zu entwickeln, welche auf die Schaffung einer langfristig tragfähigen, europäischen Sicherheitsarchitektur ausgerichtet ist;
 2. auf die Stationierung von Tomahawk-Marschflugkörpern auf dem Bundesgebiet zu verzichten und Russland aufzufordern, gegen den Westen gerichtete Marschflugkörper und ballistische Raketen aus Kaliningrad abzuziehen;
 3. Russland aufzufordern, seine in Belarus stationierten taktischen Nuklearwaffen als Zeichen der Bereitschaft zur Deeskalation abzuziehen;
 4. umgehend eine Verhandlungsinitiative zwischen den NATO-Staaten und Russland zu initiieren, um neue Verträge über Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung zu vereinbaren und
 5. die deutsche Öffentlichkeit bei Vorhaben dieser Tragweite über Details, insbesondere die Stationierungsorte, zu informieren.

Berlin, den 8. Oktober 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.